Standesangelegenheiten.

Mediziner in der Politik.

Von Dr. med. **Helenefriderike Stelzner** in Charlottenburg.

(Schluß aus Nr. 12.)

Die folgende Tabelle I gibt eine kurze Uebersicht, wie sich die gelehrten Berufe auf die verschiedenen Parteien in der Nationalversammlung verteilen, während Tabelle II die Mitglieder des Reichstages 1920 nach akademischer und Seminarvorbildung, nach Volksschulbildung mit oder ohne berufliche Fachschule und ihre Einordnung in die verschiedenen Parteien umfaßt.

Tabelle I. Nationalversammlung 1919.

Parteistellung	Anzahl der Parteimitglieder	Anzahl der akad. Vorbildeten	Verhältnis zur Gesamtzahl der Parteimitglieder
Zentrum	90	28	Fast ein Drittel
Deutschdemokraten . .	75	45	Mehr als die Hälfte
D.-Nat. Volkspartei . .	42	20	Fast die Hälfte
Deutsche Volkspartei .	22	15	Mehr als zwei Drittel
Mehrheitssozialisten .	165	17	Mehr als ein Zehntel
Unabhängige S. P. D. .	22	4	Mehr als ein Fünftel

Parteimitglieder mit akademischer Bildung

Tabelle II. Reichstag 1920.

Parteistellung	Anzahl der Parteimitglieder	Anzahl der akad. Vorbildeten	Anzahl der Mitglieder mit Lehrseminarbildung	Anzahl der Mitglieder mit Volksschul- plus Fortbildungs- fachschul-	ohne Fachschulbildung
Zentrum	69	27	7	6	6
Deutschdemokraten . .	45	34	4	2	2
D.-Nat. Volkspartei . .	66	27	5	6	—
Deutsche Volkspartei .	62	34	1	3	1
Bayrische Volkspartei .	70	8	2	1	1
Mehrheitssozialisten .	113	6	5	28	57
Unabhängige S. P. D. .	81	6	1	11	39

Der Rückgang der Anzahl von Reichstagsmitgliedern mit wissenschaftlichen Berufen nach Neuordnung des Reiches ist jedenfalls viel belangloser als die ungewöhnlich große Zunahme an Mitgliedern, die lediglich die Volksschule besuchten, ohne als Arbeiter oder Handwerker eine der gebotenen Fach- oder Fortbildungsschulen zu benutzen. Nun unterliegt es gar keinem Zweifel, daß der ungelernte Arbeiter, die ehemalige Volksschülerin, wenn eine entsprechende Veranlagung vorhanden ist, in einer gesetzgebenden Körperschaft, die ja ihre vitalsten Interessen umspannt, sich mit Nutzen betätigen können. Ueberwiegen sie innerhalb einer Institution, so geht daraus eine Unterschätzung aller Bildungswerte hervor, wie wir sie gegenwärtig erleben. Im Kampf mit den Krankenkassen z. B. trat sie unverhüllt in der Nichtachtung und in dem mangelnden Verständnis für die innere Ethik des Aerztestandes hervor. Wenn der sozialistische sächsische Landtagsabgeordnete Fräßdorf im Hinblick auf bestimmte Forderungen der Aerzte diese mit den Worten ablehnt, da würden sie auf Granit beißen, so ist damit ein unerfreulicher Ton, wie er nur zwischen dem einem anderen Kulturniveau angehörenden Diktator und dem gebildeten Lohnsklaven herrschen kann, angeschlagen. Letzterer wird mit allen Kräften aus einem Bevormundungsverhältnis herausstreben, in dem seine ethischen und wissenschaftlichen Leistungen vom Arbeitgeber weder mit Verständnis behandelt, noch entsprechend gewertet sind.

Da gerade die linksstehenden Parteien an anderen Stellen so energisch den Ruf nach vertiefter Bildung für die Allgemeinheit ertönen lassen, so ist es wenig verständlich, warum sie in der Hauptsache Kandidaten, die des kulturellen Handwerkszeugs entbehren, aufgestellt haben. Dies trifft auch für die Frauen zu. Von den 19 mehrheitssozialistischen weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung haben 11 Volksschulbildung. Eine dieser Abgeordneten hat außerdem eine Fortbildungs-, eine andere eine Handels-, 2 Genossenschaftsschulen besucht. Es spricht selbstverständlich außerordentlich für die Intelligenz der Betreffenden, wenn sie, auf solch einfachen Bildungsmöglichkeiten fußend, dann stolz in ihren Lebensläufen schreiben können, daß sie auf allen Gebieten der Partei und der Sozialarbeit tätig waren usw. Eine Abgeordnete ist schon seit 1916 Mitglied der städtischen Deputation für Irre und Epileptische in Frankfurt a. M. und seit 1918 Mitglied der Deputation für die städtischen Nervenheilanstalten, daneben Leiterin des Bildungsvereins für Frauen der Arbeiterklasse, Beisitzerin des städtischen Mietseinnigungsamtes, Mitglied der Pressekommission der „Volksstimme“. Ihre Vorbildung besteht im Besuch einer Mittelschule, der zu solch außerordentlichen Entwicklungsmöglichkeiten führte.

Daß von dem Zurücktreten der akademischen Berufe im Parlament auch der des Arztes betroffen ist, mag als von jedem Parteistandpunkt aus betrachtet durchaus zu beklagen sein. Fragen der Volksgesundheit im weitesten Sinne haben den Reichstag seit seiner Wiederaufrichtung im Jahre 1870 immer in so umfassender Weise beschäftigt, daß schon die frühere geringe Anzahl von ärztlichen Mitgliedern in Erstaunen setzen muß. Beispielsweise standen innerhalb von 3 Monaten der Legislaturperiode 1889 folgende Fragen zur Diskussion: Alters- und Versicherungs-Invalidengesetze, Krankenkassen, Bekämpfung der Trunksucht, Kinder- und Frauenarbeit, Nahrungsmittel- und Ernährungsfragen (Kunstabutter, künstliche Fischzucht), Abwehr der Rinderpest, Schutzimpfung, Arbeiterschutzgesetzgebung, Wohnungsfrage, Int. Mediz. Kongreß zu Berlin, Gesundheitsamt, ohne daß ein Arzt zur Sache sprach mit der einzigen Ausnahme, wo Virchow das Wort zur Frage der künstlichen Fischzucht ergriff.

Es ist sicher kein Zufall, sondern ein bedeutsames Zeichen, daß das französische Parlament und das gesamte öffentliche Leben in Frankreich in so weitgehender Weise ärztlich beeinflusst ist. Ein Volk, das schon im Frieden zahlenmäßig zurückging, mußte alles tun, um sich lebensfähig zu erhalten. Aus der Erkenntnis dieser Sachlage ist wohl die große Anzahl von Aerzten in der französischen Deputiertenkammer zu erklären. Beispielsweise zeigt Greniers Zusammenstellung „Nos Députés“ für die 9. Legislaturperiode von 1906–1910 unter 591 Mitgliedern der Kammer allein 54 Aerzte, d. i. fast 10%. Sie haben aber nicht nur beratende Stimmen, sondern die überwiegende Mehrheit steht gleichzeitig auf dem Posten eines Bürgermeisters (maire), ist conseiller municipal, conseiller général oder conseiller d'arrondissement und hat so Gelegenheit, auf verwaltungstechnischem Wege eingreifend das körperliche Gesamtwohl zu fördern. Daß sie über den Verwaltungsfragen die Medizin nicht vernachlässigen, geht daraus hervor, daß sie praktische ärztliche Tätigkeit ausüben und häufig gleichzeitig wissenschaftliche Fachfragen publizistisch behandeln. Dr. Drou, maire von Tourcoing und conseiller général, veröffentlichte eine Studie über den Krebs am Auge, Dr. Sabaterie, maire und conseiller général, eine bemerkenswerte These, die in das Gebiet der Chirurgie des Auges fällt, Dr. Pujade, conseiller général, eine von der Akademie für Medizin preisgekrönte Arbeit über praktische Tuberkulosebehandlung, Dr. Delbel und Meslier beschäftigen sich mit soziologischen Studien. Außerdem gehören der Kammer Universitätslehrer, Leiter von Kliniken und hervorragende Hygieniker an, z. B. Isoar, der Administrator der Hospitäler und Vorstand der hygienischen Abteilung und der assistance publique in Marseille, Evesque, dem die medizinische Ueberwachung der unterstützten Kinder unterstellt ist, Laurent, der Leiter der maternité in Lyon, Pozzi, Professor der Chirurgie an der école de médecine in Reims, Cazeneuve, Professor an der Medizinischen Fakultät zu Lyon, Dubief, Direktor der Irrenanstalt zu Marseille, Villyan, Universitätsprofessor in Paris und Mitglied der permanenten Kommission zum Kampf gegen die Tuberkulose, und andere.

Daneben sind die Verhältnisse in England bez. der geringen Anzahl ärztlicher Vertreter in der gesetzgebenden Versammlung den unseren viel mehr angenähert. Nach Dods „Parliamentary Companion“ finden sich unter den 707 Mitgliedern des house of commons 1919 nur 10 Aerzte. Diese medizinischen Kammermitglieder betätigen sich fast alle an hervorragenden Stellen, z. B. ist Dr. Murray Präsident der Universität Glasgow, Cheyne des Royal College für Chirurgie, Geddes und Addison sind Professoren der Anatomie, Raw Tuberkuloseforscher usw. Wie im deutschen und französischen, so ist auch im englischen Parlament noch keine Aerztin eingezogen.

Mit der Erkenntnis der augenblicklichen schweren Gefährdung des Gesamtvolkkörpers, mit dem Niedergang der physischen und psychischen Gesundheit infolge der schon oft erörterten Schädigungen durch Krieg und Revolution in Deutschland wird sich bestimmt in den nächsten Jahren eine Wandlung in dem Sinne vollziehen müssen, daß Reichs-, Staats- und Stadtparlamente, daß alle möglichen Körperschaften nach ärztlichen Beratern suchen und mehr als bisher ärztliche Kandidaten aufstellen.